

**\*\*Agrarstreit: Höchste Zeit für ein Schuldeingeständnis der ÖVP\*\***  
**Willi: Politisch gesteuerter Rechtsbruch muss gesetzlich beendet werden!**

„Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht.' So lautet jenes Sprichwort, an das die ÖVP jetzt denken sollte. Denn der jetzt aufgetauchte Schriftverkehr zum Agrarstreit in Ainet (siehe TT vom 2.1.2013) ist ein weiterer Beleg dafür, dass einzig und allein politisches Kalkül hinter den *offenkundig verfassungswidrigen* Übertragungen – so der Verfassungsgerichtshof 2008 – von Gemeindegut an die Agrargemeinschaften stand. Jetzt muss der Rechtsbruch von damals politisch wieder gutgemacht werden!“, verlangt heute der grüne Agrarsprecher Georg Willi.

„Was in Ainet passiert ist, erinnert mich zu 100 Prozent an die Vorgänge in Ischgl und das, was Altbürgermeister Erwin Aloys in seinem Buch 'b'sinna' schreibt“, erklärt Willi und zitiert aus dem Buch:

*Ich war wohl der erste Bürgermeister der politischen Gemeinde Ischgl, der eine besitzlose Gemeinde zu verwalten hatte. ... Und weil die Übertragung des Besitzes in Mathon derart problemlos abgewickelt werden konnte, ist in Ischgl 1972 dasselbe durchgeführt worden. In Mathon waren es 20 und in Ischgl 121 Personen von damals 1250 Einwohnern, die den ganzen Besitz im Grundbuch eingetragen und übernommen haben. Bei dieser Manipulation hatte man jedoch nicht daran gedacht, dass alle anderen und folgenden Familienmitglieder (Söhne und Töchter) in der Folge besitzlose Gemeindeglieder werden würden. Wie gesagt, der gesamte Besitz inklusive der Straßen war auf diese Weise übertragen worden. Das war die aktuelle und tatsächliche Situation, wie ich sie vorgefunden habe - mit der ich mich aber nicht abzufinden gedachte. Die erste harte Auseinandersetzung war damit vorprogrammiert.*  
(Originaltext siehe Anhang!)

„Dieser Krimi rund um das Gemeindegut gehört beendet. Es ist höchste Zeit, dass die ÖVP von ihrem hohen Ross heruntersteigt, ihre Schuld an dieser Misere eingesteht und am Beginn des Superwahljahres reinen Tisch macht. Die Urteile sind gesprochen, die Rechtsverhältnisse klar und der ist Nachweis erbracht, dass diese unfassbaren Wertverschiebungen politisch gewollt und gesteuert waren. Jetzt braucht es den Landtag, der diesen Rechtsbruch rechtlich saniert und die Rückübertragung des Gemeindegutes an die Gemeinden ins Gesetz schreibt!“, fordert Willi.